



Landeshauptstadt  
Mainz

# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Behindertenbeirates der Stadt Mainz**

**am 25.02.2014**

## **Anwesend**

### **- Vorsitz**

Ursula Wallbrecher

### **- Mitglieder**

Angelika Kräuter-Uhrig

Dr. Gerd Eckhardt (Vertretung von Herrn Neger)

Evelin Cupovic (Vertretung für Herrn Ekkardt)

Friedrich Böhme

Hans-Peter Terno

Klaus Trautmann

Matthias Rösch

Ruth Jaensch

Thomas Elsner

Wolfgang Schweinfurth (Vertretung für Frau Bender-Köter)

### **- beratende Mitglieder**

Gabriele Ebner

Dagmar Kossack

Klaus Skipalski

### **- Schriftführung**

Susan Wepler

## **Entschuldigt fehlen**

### **- Verwaltung**

Kurt Merkator

### **- Mitglieder**

David Dietz

Gabriele Bender-Köter

Lukas Krause

Marita Boos-Waidosch

Monika Kultschak-Etges

Ralf Ekkardt

Thomas Neger

Viktoria Davis

**- beratende Mitglieder**

Claus Hensel  
Jessica Odenwald  
Katharina Gutsch  
Petra Hauschild  
Zorlu Ünal

**- Gäste**

Christian Kron, 61, Stadtplanungsamt

## Tagessordnung

### a) öffentlich

1. Sachstandsbericht
  - 1.1. Fußüberweg Saarstr. Querung "Friedrich-Pfeiffer-Weg"
  - 1.2. Sachstandsbericht zu Antrag 0775/2010, SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Stadtratsfraktion und Antrag 1055/2013 Behindertenbeirat
2. Neufassung der Satzung des Behindertenbeirates der Stadt Mainz
3. Neuwahl des Behindertenbeirates der Stadt Mainz
4. Verschiedenes
  - 4.1. Planungen zum "Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen"

Die Vorsitzende Ursula Wallbrecher eröffnet um 16:35 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 1.2 Sachstandsbericht zu Antrag 0775/2010, SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Stadtratsfraktion und Antrag 1055/2013 Behindertenbeirat wird noch auf die Tagesordnung genommen.

Die Niederschrift vom 10.12.2013 wird genehmigt.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

### Punkt 1            Sachstandsbericht

#### Punkt 1.1            Fußüberweg Saarstr. Querung "Friedrich-Pfeiffer-Weg"

Herr Kron berichtet über die laufenden Planungen zur barrierefreien Querung der Saarstraße. Er stellt die verschiedenen angedachten Lösungen vor. Zur Diskussion standen

- die Querung mit einer Ampel zu sichern
- eine Unterführung zu bauen
- die Treppen der Fußgängerbrücke mit Rampen zu ergänzen
- und die Treppen mit Aufzügen barrierefrei zu machen

Nachdem alle Varianten auf ihre Machbarkeit hin überprüft worden seien, habe sich herauskristallisiert, dass die Ergänzung der Treppen durch Aufzüge die verkehrssicherste und kostengünstigste Variante sei, so Herr Kron. Er erklärt, dass die Ampellösung zwar von dem Aktionsbündnis, das sich dazu gebildet hatte, und den Mitgliedern des Behindertenbeirats der Stadt Mainz favorisiert worden sei, aber in der Umsetzung nicht möglich sei. Zu viele Umbauten wären nötig und das Verkehrsaufkommen und die Geschwindigkeit der Fahrzeuge stellten eine zu große Gefahrenquelle für die Fußgänger dar. In Absprache mit verschiedenen Behörden, unter anderem auch der des Landes, das ja auch involviert sei, weil es sich um eine Landesstraße handele, habe man diese Lösung verwerfen müssen.

Herr Kron berichtet, dass die Aufzüge mit den Verkehrsrechnern verbunden werden sollen und so mögliche Ausfälle schnell erkannt und behoben werden können: Ein Aufzugstechniker sei immer zur Verfügung, und der Kontakt zur Firma selbst könne dann auch schnell hergestellt werden. Das ausführende Büro wird einen Fachmann für Aufzugbauten hinzuziehen, um die Barrierefreiheit der Aufzüge zu garantieren. Abschließend berichtet Herr Korn, dass mit einem Beginn der Baumaßnahmen vor 2015 nicht zu rechnen sei.

Die Vorsitzende erklärt, dass sie und Frau Boos-Waidosch mit Frau Beigeordneter Eder eng zusammenarbeiten wollten, um eine optimale Ausgestaltung dieser Lösung zu erreichen. Der Behindertenbeirat soll zu gegebener Zeit informiert werden. Es wird nach einer genaueren Terminplanung gefragt. Herr Kron stellt fest, dass dies nicht möglich sei, da zuerst die Finanzierung geklärt werden müsse. Sobald dies geschehen sei, könne mit dem Bau begonnen werden.

Herr Rösch bedankt sich für die Vorarbeiten der Verwaltung und äußert die Hoffnung, dass der

Aufzug mit der Mainzelbahn fertig gestellt wird. Abschließend wird der Wunsch geäußert, dass ein Notfallknopf auch außerhalb der Aufzüge angebracht werden solle.

**Punkt 1.2**      **Sachstandsbericht zu Antrag 0775/2010, SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Stadtratsfraktion und Antrag 1055/2013 Behindertenbeirat hier: "Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention" bzw. "Empfehlungen zum Kommunalen Aktionsplan"**  
**Vorlage: 0228/2014**

Herr Quick berichtet, dass in der letzten Behindertenbeiratssitzung schon ein mündlicher Sachstandsbericht abgegeben wurde, nun geht der schriftliche Sachstandsbericht an den Stadtrat und wird deshalb dem Behindertenbeirat zur Kenntnis gegeben. Auch wenn es noch keinen abschließenden Aktionsplan gäbe, so sei schon viel für die Barrierefreiheit getan worden, so Herr Quick. Beispiele seien u. a. der neue Aufzug am Brand und die Infoveranstaltung zur Inklusion für die Erzieherinnen der Kitas. Alle Dezernate seien schon in die Arbeit zum Aktionsplan einbezogen worden. Er hebt hervor, dass es keine Frage mehr sei, dass die Inklusion umgesetzt werden müsse, nur das „Wie“ müsse noch geklärt werden. Eine Dezernatsgruppe soll gebildet werden, deren Aufgabe es sein wird, die Empfehlungen des Behindertenbeirates zum Aktionsplan auf ihre Machbarkeit hin zu überprüfen. Frau Boos-Waidosch ist in die Dezernatsgruppe mit eingebunden.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und stellt fest, dass der Aktionsplan zwar ein Papier für außen sei, aber innerhalb der Stadtverwaltung schon vieles umgesetzt wurde. Aus der Mitte des Beirats wird geäußert, dass man schon gerne sehr schnell einen fertigen Aktionsplan hätte, aber die Vorarbeiten seien auch wichtig und viel wichtiger sei, dass schon im Hintergrund die Umsetzung begonnen habe. Es wird angeregt, diesen Sachstandsbericht auch dem Psychiatriebeirat zur Kenntnis zu geben. Außerdem sei es wünschenswert, wenn der Werkstättenbeirat und der Psychiatriebeirat ebenfalls am „Runden Tisch“ teilnehmen würden.

Der Behindertenbeirat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**Punkt 2**      **Neufassung der Satzung des Behindertenbeirates der Stadt Mainz**  
**Vorlage: 0377/2014**

Die Vorsitzende stellt den Entwurf der neuen Satzung für den Behindertenbeirat zur Diskussion. Sie hebt die wichtigsten Änderungen hervor. Eine der Änderungen ist, dass mit der neuen Satzung das Personenwahlrecht gelten würde. Einige Mitglieder des Beirates äußern ihre Kritik an der Lösung, dass in bestimmten Ausnahmefällen, die die Satzung nicht genauer definiere, auch Personen gewählt werden können, die nicht in Mainz ansässig sind. Sie wenden ein, dass man sich am Mainzer Stadtrat orientieren sollte, in den nur Mainzer Bürger gewählt werden können. Auch für den Behindertenbeirat sollten sich ausschließlich Mainzer Bürger bewerben. Die Vorsitzende sieht das offener und plädiert dafür, dass auch Menschen mit Behinderungen, die in Mainz ihren Zweitwohnsitz haben, sich für den Beirat bewerben können. Sie ist der Meinung, dass das Engagement einzelner gewürdigt werden sollte. Aus der Mitte des Beirates wird nach der Definition des „Engagements“ gefragt. Die Vorsitzende erklärt, dass diese Definition noch offen sei. Wiederholt äußern die Mitglieder die Überzeugung, dass es für wichtig erachtet wird, dass die Mitglieder des Beirates in Mainz ansässig sind. Es wird angemerkt, dass bereits jetzt Mitglieder im Beirat sind, die nicht in Mainz ansässig seien. Die Geschäftsführung klärt darüber auf, dass bisher die Organisationswahl durchgeführt wurde. Hierbei können die Vertreter der Organisationen von außerhalb kommen, aber die Organisationen selbst müssen in Mainz tätig sein. Bei der Personenwahl müssen die Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllt werden, d. h. die Bewerber müssen ihren Wohnsitz in Mainz haben.

Es wird vorgeschlagen über den kompletten Satzungsentwurf abzustimmen. Über § 4 soll gesondert abgestimmt werden. Des Weiteren wird vorgeschlagen, es sollten nun doch wieder, abweichend vom Satzungsentwurf, 10 Vertreter von Menschen mit Behinderungen in den Beirat gewählt werden.

Es wird erklärt, warum § 4 in dieser Form vorgeschlagen wird. Ziel des Paragraphen soll es sein, dass engagierte Leute, die von außerhalb kommen, sich auch für den Behindertenbeirat bewerben können. Es werden Befürchtungen geäußert, nicht genügend Personen mobilisieren zu können, um die Arbeitsfähigkeit des Behindertenbeirates zu gewährleisten. Wiederholt wird die Frage nach der Definition der „Ausnahmen“ erfragt. Es wird die Frage gestellt, ob nicht eine Nachberufung das bessere Mittel sei?

Der neue Satzungsentwurf wird als Fortschritt gegenüber der jetzigen Satzung gesehen, nur das Vorliegen einer Behinderung als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft sei nicht ausreichend beschrieben. Es wird die Frage gestellt, warum man wieder von der vorgeschlagenen Zahl von 8 Vertretern von Menschen mit Behinderungen abweichen will, wenn doch die Befürchtung herrsche, nicht genügend Vertreter mobilisieren zu können.

Die Vorsitzende macht den Vorschlag, über die Grundvoraussetzungen der Mitgliedschaft abzustimmen.

Zur Abstimmung steht die Frage, ob die zukünftigen Vertreter von Menschen mit Behinderungen ihren 1. oder zumindest ihren 2. Wohnsitz hier in Mainz haben müssen.

Mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Vorschlag angenommen.

Des Weiteren wird über den Verbleib des § 4 Abs. 4 „Ausnahmeregelungen“ einer Mitgliedschaft abgestimmt.

Mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird der § 4 Abs. 4 der Satzung angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die Zahl der Vertreter der Menschen mit Behinderungen im Behindertenbeirat; 8 Vertreter werden vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Es wird der Vorschlag gemacht, § 5 Abs. 2 der bisherigen Satzung zur Erläuterung der Mitgliedschaft sinngemäß zu übernehmen.

Der Vorschlag wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die neue Satzung des Behindertenbeirates wird mit Änderungen mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

### **Punkt 3      Neuwahl des Behindertenbeirates der Stadt Mainz**

Die Vorsitzende informiert die Anwesenden darüber, dass voraussichtlich im Juni die Versammlung der Vertreter der Menschen mit Behinderungen zur Erstellung der Vorschlagsliste für den Behindertenbeirat stattfindet. Sie bittet um möglichst weite Streuung der Information. Die Einladung erfolgt zu gegebener Zeit.

**Punkt 4**            **Verschiedenes**

**Punkt 4.1**            **Planungen zum "Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen"**

Frau Jaensch berichtet über die bisherigen Planungen zum 5. Mai. In diesem Jahr ist es ein Montag. Die Veranstaltungen stehen unter dem Motto „Schon viel erreicht und noch viel mehr vor“. Die Aktion selbst findet auf dem Domplatz von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr statt. Es wird u. a. Mitmachaktionen und ein Speeddating mit Politikern geben. Eine Mainzkarte soll das schon Erreichte und die zukünftigen Ziele zeigen.

**Ende der Sitzung: 18:20 Uhr**

gez.  
Ursula Wallbrecher  
(Vorsitzende)

gez.  
Susan Wepler  
(Schriftführung)